

SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Mit
Unterschriftenbogen:
Unterschreiben Sie jetzt
die Initiative «Blackout stoppen»!

April 2023

Die Schweiz
produziert viel zu
wenig Strom

Seite 3



Neutralität: Nein zu
Waffenlieferungen
in Kriegsgebiete

Seite 7



OECD-Abstimmung:
Steuergelder in der
Schweiz behalten

Seite 13



Laut ETH sind dies die wahren Kosten des
Stromfresser-Gesetzes:

**+6'600 Franken pro
Person und pro Jahr!**



Deshalb am 18. Juni NEIN zum Stromfresser-Gesetz

Stromfresser-Gesetz versenken, Schwung für Wahlen holen

Am 18. Juni braucht es ein klares NEIN zum Stromfressergesetz, sonst droht uns eine noch schlimmere Energiekrise. Führen wir einen überzeugenden Abstimmungskampf, wird uns das auch bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst helfen.

Bei der Volksabstimmung zum Stromfresser-Gesetz geht es um viel: um nicht weniger als die Zukunft der Schweiz, ihrer Wirtschaft und unseres Wohlstands. Die Vorschrift, den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf «Netto-Null» zu reduzieren, ist vollkommen unrealistisch. Schon jetzt ist der Strom knapp – und das neue Gesetz wird den Mangel noch massiv verschärfen. Heizen und Autofahren wären nur noch elektrisch möglich. Dadurch steigt der Strombedarf weiter, ebenso durch die ungebremste Zuwanderung. Das Stromfresser-Gesetz wird zu Strommangellagen und Blackouts führen – mit katastrophalen Folgen.

9'600 Franken pro Kopf

Wer Wohneigentum besitzt, wird gezwungen, funktionierende Öl- oder Gasheizungen herauszureissen. Auch zu aufwändigen Sanierungen können die Hausbesitzer gezwungen werden. Das Stromfresser-Gesetz kostet die Schweizer Bevölkerung insgesamt mindestens 387 Milliarden Franken!

Die jährlichen Energiekosten pro Kopf würden bei einem Ja vervielfacht, von

heute 3'000 Franken auf 9'600 Franken (gemäss einer ETH-Studie). Die Haushalte würden gleich doppelt belastet: Neben den

bleiben und nicht vom Ausland weggenommen werden. Schliesslich geht es am 18. Juni auch um die Verlängerung des Co-

vid-Gesetzes. Das ist unnötig, da die Pandemie beendet ist. Bei einer Verlängerung könnte der Bundesrat jederzeit wieder diskriminierende Massnahmen wie das Zertifikat einführen.

Am wichtigsten ist aus SVP-Sicht das Stromfresser-Gesetz. Dagegen haben wir – auch dank Ihrer Unterstützung – erfolgreich das Referendum ergriffen.

Wir müssen alles daransetzen, dieses schädliche und sündhaft teure Gesetz an der Urne zu versenken. Der Schwung der Volksabstimmung hilft uns dann auch bei den eidgenös-

schen Wahlen im Herbst. Ein erneuter Linksrutsch muss unbedingt verhindert werden – zum Wohl der Schweiz und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Marco Chiesa
Ständerat und Präsident
der SVP Schweiz



höheren Kosten für Strom und Energie werden auch die Mieten steigen und der Konsum teurer werden. Stimmen Sie darum am 18. Juni NEIN zu explodierenden Stromrechnungen!

Erneuten Linksrutsch verhindern

Ebenfalls zur Abstimmung gelangt am 18. Juni die OECD-Mindeststeuer. Hier empfehle ich Ihnen Ja zu stimmen, damit die anfallenden Steuern in der Schweiz

Die Schweiz produziert viel zu wenig Strom

Die Stromlücke wird immer grösser. Wirtschaft und Bevölkerung wachsen stetig. Zusätzlich werden immer mehr Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt und Elektroautos massiv gefördert. Die Schweiz braucht endlich eine verlässliche Stromproduktion.



von Vanessa Meury
Präsidentin Energie Club
Schweiz
Grenchen (SO)

Die Schweiz importiert jeden Winter viel Strom. Er kommt aus deutschen Kohlekraftwerken und aus französischen Atomkraftwerken. Dabei haben unsere Nachbarländer selber zu wenig Strom. Das ist eine gefährliche Situation. Seit Corona wissen wir, dass auf unsere Nachbarländer in der Not kein Verlass ist.

ren Gesellschaft und Wirtschaft nicht mehr. Die Schäden würden mehrere hundert Milliarden Franken übersteigen.

Die Politik agiert trotzdem kopflos. Sie will funktionierende Kernkraftwerke abstellen und heizt gleichzeitig mit immer neuen Verboten den Stromverbrauch an. Mit teuren Subventionen werden Stromproduktionsarten gefördert, welche die Versorgung im Winter nicht sicherstellen können. Strom wird immer knapper und teurer.

Die Schweiz braucht eine

rund einer Woche keine einzige Kilowattstunde produziert, im Dezember 2022 sogar noch länger. Da kann man noch so viel zubauen - fünfmal Null ist immer noch Null.

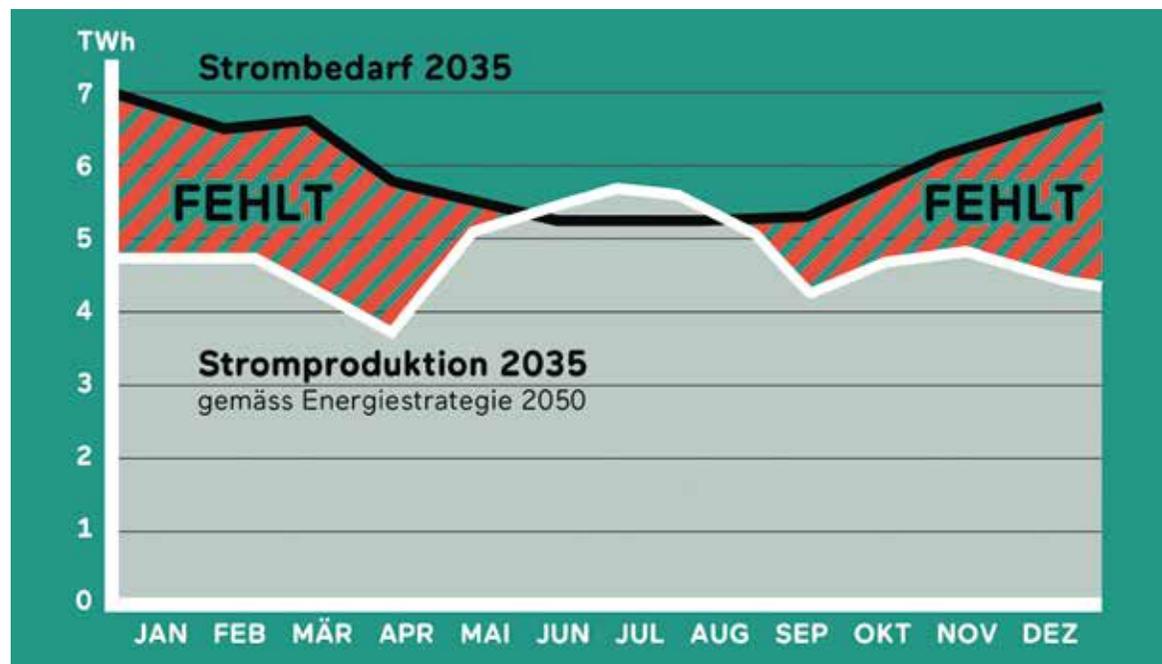
Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten und Technologieoffenheit

Die Schweiz benötigt in Zukunft mehr Strom – bei einer Annahme des Stromfresser-Gesetzes mindestens doppelt so viel wie heute. Wir brauchen also Kraftwerke, die jederzeit – auch im Winter – Strom liefern. Gaskraftwerke wären eine Lösung. Sie führen aber zu grosser Auslandsabhängigkeit. Und Gaskraftwerke produzieren viel CO₂.

Es macht keinen Sinn, Gasheizungen zu verbieten und dafür den Strom mit Gaskraftwerken zu produzieren. Das Ölkraftwerk in Birr ist der Beweis, dass die Energiestrategie gescheitert ist.

Das Fazit ist klar: Es braucht endlich klare Verantwortlichkeiten für die sichere Stromversorgung unseres Landes. Um die Stromversorgung auch im Winter sicherzustellen, darf es keine Technologieverbote geben. Die

Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» will genau das. Deshalb: Unterschreiben Sie bitte jetzt die Initiative und überzeugen Sie auch Ihre Verwandten und Bekannten, den Bogen zu unterschreiben.



Schon heute produziert die Schweiz viel zu wenig Strom. In Zukunft wird die Winterstromlücke noch viel grösser. Die Schweiz muss deshalb zwingend in eigene Kraftwerke investieren.

Strommangellage: Grösstes Risiko für die Schweiz

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) warnt seit 2015: Eine Strommangellage ist für die Schweiz das grösste Risiko. Ohne Strom funktionie-

eigenständige und jederzeit verlässliche Stromproduktion, um die immer grösser werdende Stromlücke zu füllen. Photovoltaik kann die Winterlücke nicht annähernd füllen. Im Januar 2019 haben schneebedeckte Solarzellen während

Das Stromfresser-Gesetz ist auch ein Geldfresser-Gesetz

Die grünen Energieträume tönen gut. Doch am Ende werden wie immer der Mittelstand und die arbeitende Bevölkerung geschöpft. Darum bekämpfe ich als Landwirt, Gartenbau-Unternehmer und Arbeitgeber das teure und verlogene Stromfresser-Gesetz.



von Manuel Strupler
Nationalrat und Mitglied des
Parteilungsausschusses
Weinfelder (TG)

Das Stromfresser-Gesetz führt zu einem Verbot von Benzin, Heizöl, Diesel und Gas. Der ganze Umbau führt gemäss einer ETH-Studie zu einer Verdreifachung der Energiekosten von heute 3'000 auf 9'600 Franken. Das heisst pro Jahr und Kopf 6'600 Franken Mehrkosten!

Was heisst das? Alles wird teurer. Der Strom, die Ferien, das Autofahren und

Heizen, die Nebenkosten und Mieten, die Lebensmittel und alle anderen Konsumgüter. Wegen der massiven Teuerung werden die Menschen immer weniger im eigenen Portemonnaie haben. Wer profitiert? Die Umweltindustrie und ihre links-grünen Berater.

Wohnen wird noch teurer

6'600 Franken Mehrkosten heisst: Der 13. Monatslohn kann künftig nicht mehr für Ferien oder Anschaffungen verwendet werden. Das hart verdiente Geld geht drauf für die hohen Energiepreise und andere Zusatzkosten. Die Hauseigentümer müssen massive Zwangsinvestitionen tätigen. Folge: Die Wohnungsmieten steigen. Wohnen wird noch teurer! Wie kann

sich so eine Familie noch Wohneigentum leisten?

Auch als Landwirt und Unternehmer mache ich mir Sorgen. Die Umrüstung der Gebäude, Maschinen und Fahrzeuge führt zu enorm hohen Kosten ohne Mehrnutzen und verteuert so meine Dienstleistung massiv. Die Produktion von Schweizer Lebensmitteln verteuert sich. Folge: Billig-Fleisch statt Schweizer Qualität; Importe aus dem Ausland, statt gute Produkte aus der Region. Das ist unökologisch und schwächt unsere Ernährungssicherheit in der Schweiz.

Wer keine ideologischen und weltfremden Experimente will, sagt darum am 18. Juni NEIN zum Strom- und Geldfresser-Gesetz!



Bestes Preis-Leistungs-Verhältnis? Sicher.

Viel Ausstattung für wenig Geld: Die Subaru XV 1.6i SWISS EDITION inkl. 4x4, der neuesten Fahrassistenzsysteme und vieler Extras.

Jetzt für nur **CHF 29'900.-*** bei Ihrem Subaru-Vertreter.

SWISS + EDITION



subaru.ch

Abgebildetes Modell: Subaru XV 1.6i AWD SWISS EDITION, 114 PS, Energieeffizienz-Kategorie E, CO₂-Emissionen kombiniert: 180 g/km, Treibstoffverbrauch kombiniert: 8,0 l/100 km, CHF 29'900.- (Farbe Pure Red oder Cool Grey Khaki). *Aufpreis für Metallic-/Pearl-Lackierungen: CHF 800.-. Solange Vorrat. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 7,7 % MwSt., Preisänderungen vorbehalten.

Das Stromfresser-Gesetz verschärft den Strommangel

Das Stromfresser-Gesetz, über das wir am 18. Juni abstimmen, führt zu massiv mehr Stromverbrauch. Dabei haben wir heute schon zu wenig Strom. Gleichzeitig wollen wir aus der Kernenergie aussteigen. Das geht nicht auf: Diese links-grünen Träumereien sind eine Katastrophe und müssen an der Urne gestoppt werden.



von Bruno Walliser
Nationalrat und
Kaminfegermeister
Volketswil (ZH)

Am 18. Juni stimmen wir über das «Bundesgesetz vom 30. September 2022 über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und Stärkung der Energiesicherheit (KIG)» ab. Dieses Gesetz kommt aus der Küche von alt Bundesrätin Sommaruga (SP) und wurde im Parlament durch die Mitte-Links-Mehrheit als indirekter Gegengewurf zur sogenannten

Titel des Gesetzes führt das Stimmvolk jedoch in die Irre. Die Energiesicherheit wird damit nicht gestärkt, im Gegenteil, sie wird zerstört.

Die SVP hat erfolgreich das Referendum eingereicht – auch dank Ihrer Unterstützung. Somit wird das Stimmvolk das letzte Wort haben.

Realitätsfremd und unbezahlbar

Das Stromfresser-Gesetz ist realitätsfremd und unbezahlbar. Eine ETH-Studie rechnet mit einer Verdreifachung der Energiekosten: Das bedeutet 6'600 Franken Mehrkosten pro Person im Jahr! Die finanzielle Mehrbelastung ist auch fürs Gewerbe und die Industrie

darunter leiden und Arbeitsplätze werden ins Ausland abwandern. Auch die Landwirtschaft würde drastisch darunter leiden. Landmaschinen und Traktoren, wie wir sie heute kennen, würden verboten. Zusätzlich müssten Landwirtschaftsflächen zur Nutzung von Sonnenkollektoren hergegeben werden, was wiederum unsere Ernährungssicherheit gefährdet. Zudem würden unsere Natur und Landschaft mit Windrädern verschandelt.

Zuwanderer fressen Strom weg

Wie wollen wir rund 60 Prozent des Schweizer Energiebedarfs durch Strom ersetzen? Mit 5000 Windrädern, mit 70 Millionen Quadratmetern Solaranlagen und 17 Pumpspeicherkraftwerken?

Es gibt keinen realistischen Plan, wie genug bezahlbarer Strom, und dies auch im Winter, für die elektrischen Autos und Wärmepumpen produziert werden kann.

Wir haben in der Schweiz unsere Hausaufgaben gemacht und brauchen uns kein schlechtes Gewissen einreden zu lassen. Die Schweiz hat in den letzten 10 Jahren ihren CO₂-Ausstoss pro Kopf um rund 20 % reduziert. Doch die masslose Zuwanderung macht das zunichte. Jede zusätzliche Person in unserem Land ist auch ein zusätzlicher «Stromfresser»!

Kopflösen Ausstieg verhindern

Die SVP hat schon bei der utopischen Energiestrategie vor enormen Kosten und der Versorgungsunsicherheit gewarnt. Wir alle wissen es, nur wenige Jahre später ist der Strommangel ein Dauerthema. Wir dürfen denselben Fehler nicht zweimal machen!

Wer eine sichere Energieversorgung will, sagt am 18. Juni NEIN zum gefährlichen Stromfresser-Gesetz und baut zuerst die neuen Energiequellen aus, bevor der kopflose Ausstieg aus den fossilen Energieträgern beschlossen wird.



Die verantwortungslose Energiepolitik von Mitte-Links führt in den Abgrund: Die aktuelle Energie- und Stromkrise ist die Folge der komplett gescheiterten Energiestrategie von CVP/Mitte-Bundesrätin Doris Leuthard. Und jetzt will Mitte-Links mit dem Stromfresser-Gesetz auch noch Benzin, Diesel, Heizöl und Gas verbieten - also 60% unseres Energieverbrauchs. Deshalb braucht es am 18. Juni ein klares NEIN zum Stromfresser-Gesetz!

«Gletscher-Initiative» beschlossen. Die Bevölkerung soll mit massiven Eingriffen und Verboten umerzogen werden. Der

nicht verkraftbar, es ist mit massiven Aufschlägen für Konsumenten zu rechnen. Die Konkurrenzfähigkeit wird stark

Stromfresser-Gesetz zerstört Landwirtschaft

Das Stromfresser-Gesetz ist für die Landwirtschaft katastrophal. Die Kosten würden explodieren. Viele Bauernfamilien würden die Existenz verlieren.



von Alois Huber
Nationalrat und
Meisterlandwirt
Wildegg (AG)

Da die Bauern in jüngster Vergangenheit diverse Abstimmungen gewonnen haben, will man im Moment keine verbindlichen Klimaziele für den Sektor Landwirtschaft ins Gesetz schreiben. Damit versucht man die Bauern beim Stromfresser-Gesetz auf die Befürworter-Seite zu ziehen. Das weitere Vorgehen des Bundesrates ist jedoch klar, will er doch die Treibhausgasemissionen der

landwirtschaftlichen Produktion gegenüber 1990 um mindestens 40 % bis 2050 reduzieren. Wie es das Netto-Null-Ziel im Gesetz vorschreibt, bedeutet dies die zwangsweise Elektrifizierung. Das heisst ein Verbot von sämtlichen Verbrennungsmotoren bei Traktoren, Maschinen und Notstromgruppen.

Deutliches NEIN der Landwirtschaft

Für die finanzielle Lage der Bauern wäre das verheerend. Viele Betriebe müssten nicht nur eine starke Reduktion der Tierbestände hinnehmen, sondern sie müssten auch einen teuren neuen Maschinenpark anschaffen. Alte Bauernhäuser müssten zwangssaniert werden.

Auch dies würde extrem hohe Kosten verursachen und wäre für viele Bauernfamilien nicht finanzierbar.

Hinzu kommt: Der Strom würde massiv teurer. Gleichzeitig würde die Produktion auf den Fruchtfolgeflächen stark eingeschränkt, da durch das Erstellen von Windrädern und Photovoltaikanlagen wertvoller Boden verloren ginge.

Fazit: Das Stromfresser-Gesetz ist für die Landwirte verheerend. Es würde vielen Bauernfamilien die Existenz kosten. Darum braucht es am 18. Juni aus Sicht der Landwirtschaft ein deutliches NEIN.



Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!

info@blickfänger.ch | 043 499 24 19



blickfänger.ch

Auffallend mobil. Auffallend günstig.

Es gibt keine halbe Neutralität

Die Neutralität sichert unseren Frieden und trägt zur Lösung von Konflikten in der Welt bei. Waffenlieferungen in Kriegsgebiete sind damit nicht vereinbar.



von David Zuberbühler
Nationalrat und
Unternehmer
Herisau (AR)

Der ehemalige Diplomat und Autor Paul Widmer hat es in einem Gastbeitrag im «Tages-Anzeiger» auf den Punkt gebracht: Es gibt keine halbe Neutralität. Entweder man ist neutral, oder man ist nicht neutral. Zentraler Bestandteil der Neutralität ist die völkerrechtliche Verpflichtung, keine Waffen in kriegführende Länder zu liefern. Das Kriegsmaterialgesetz schreibt mit sogenannten Nichtwiederausfuhrerkklärungen vor, dass Vertragspartner geliefertes Kriegsgut nicht weiter veräussern dürfen. Doch ge-

nau dies wollen die anderen Parteien im Fall der Ukraine jetzt tun.

Das ist politisch falsch, weil es die Schweizer Neutralität kaputtmacht. Und es ist widerrechtlich, weil es gegen die Gesetze und gegen das internationale Neutralitätsrecht verstösst. Denn die Neutralität war stets Garant für die innere und äussere Sicherheit unseres Landes. Sie hat der Schweiz seit über 200 Jahren den Frieden gesichert und zur Lösung von Konflikten in aller Welt beigetragen.

Wer Waffenlieferungen in Kriegsgebiete zulässt, gibt die Neutralität auf und zerstört die Grundlage von Frieden und Wohlstand in unserem Land. Bei solchen Spielchen macht die SVP nicht mit!



Die Neutralität ist ein Garant für Frieden, Sicherheit und Wohlstand der Schweiz. Die anderen Parteien wollen das alles gefährden und lieber Munition für den Ukraine-Krieg liefern.

Die Schweiz blickt auf eine lange diplomatische Tradition der «Guten Dienste» zurück und wird für ihre Vermittlerrolle weltweit geachtet.

Wir dürfen nicht zulassen, dass wir die Neutralität

als tragende Staatssäule der Schweiz in blindem Moralismus umsäbeln.

Drei Jahre Notrecht reichen – holen wir uns unsere Grundrechte zurück!

Es gibt keinen Grund, die diskriminierenden und unnützen Corona-Massnahmen zu verlängern.



von Pirmin Schwander
Nationalrat und
Ständeratskandidat
Lachen (SZ)

Ausser der SVP möchte die grosse Mehrheit im Parlament, dass der Bundesrat bis Mitte 2024 jederzeit wieder ein Zertifikat oder weitere diskriminierende und die Gesellschaft spaltende Massnahmen verordnen kann. Es ist deshalb dringend nötig, dass das Volk diesen Entscheid am 18. Juni an der Urne kor-

rigiert. Der Vorstand der SVP Schweiz hat deshalb **deutlich die Nein-Parole gefasst**.

Von Beginn weg war bekannt, dass zahlreiche Corona-Massnahmen bar jeder Evidenz angeordnet wurden, dass sie viel zu weit gingen und viel zu lange in Kraft blieben. Trauriger Höhepunkt der unsäglichen Corona-Politik war die **Einführung der Zertifikatspflicht**. Diese trug in keiner Weise **zur Eindämmung des Virus** bei, sondern führte **zu grossem emotionalem und finanziellem Leid** und zu einer Spaltung der Gesellschaft in «Gute» und «Böse».

Der Druck auf die Bevölkerung, sich auch gegen den eigenen Willen impfen zu lassen, war so massiv, dass ein faktischer Impfwang bestand. Einen derartig massiven Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Bürger darf es in einem freien Land wie der Schweiz nie mehr geben.

Doch dies ist nur garantiert, wenn sich das Volk am 18. Juni seine Rechte zurückholt und entschieden **Nein sagt zu Diskriminierung und Ausgrenzung**, wenn es Nein sagt zur Verlängerung des schädlichen und unnützen Covid-19-Gesetzes.

8 Fake News der Befürworter –

Im Abstimmungskampf zum verlogenen und teuren Stromfresser-Gesetz werfen die Befürworter mit falschen Behauptungen um sich. Wir stellen richtig.

- 1. FAKE NEWS:** «Das neue Gesetz stärkt das einheimische Gewerbe – etwa durch Fördermittel für den Ersatz von Öl-Heizungen. Die Wertschöpfung bleibt im Inland, anstatt dass Milliarden für Öl und Gas in Schurkenstaaten fließen.»

FAKT: Das einheimische Gewerbe muss nicht staatlich gestärkt werden. Es läuft schon jetzt am Anschlag. So gibt es bei Wärmepumpen lange Wartezeiten. Dasselbe gilt für Solaranlagen. Mit der links-grünen Klimapolitik machen wir uns erst recht von problematischen Staaten abhängig, kontrolliert doch China den Grossteil der Produktion von Solaranlagen und seltenen Erden (u. a. notwendig für Elektromobilität).

- 2. FAKE NEWS:** «Es ist wichtig, dass der Verzicht auf fossile Brennstoffe wie Benzin und Heizöl ab 2050 verankert wird, damit das übergeordnete Ziel klar ist, und die Wirtschaft sich darauf einstellen kann.»

FAKT: Eine freie Wirtschaft ist auch ohne staatliche Vorgaben in der Lage, sich rasch auf neue Situationen einzustellen und gefragte Produkte zu liefern. Mit dem Stromfresser-Gesetz wird vielmehr eine Salami-Taktik verfolgt: Zuerst holt man die Zustimmung der Bevölkerung zum «schönen» Netto-Null-Ziel – ohne zu klären, zu welchen Bedingungen und Kosten dieses erreichbar sein soll. Anschliessend werden schrittweise immer schärfere Massnahmen umgesetzt – jeweils mit Verweis auf das Volks-Ja zum Verzicht auf fossile Brennstoffe.

- 3. FAKE NEWS:** «Bei effizienter Nutzung könnte der Stromverbrauch um 40 Prozent gesenkt werden. Das ist mehr Strom, als alle AKW miteinander erzeugen.»

FAKT: Dieses Einsparpotenzial besteht nur theoretisch. Dass sämtliche Elektrogeräte auf dem technisch neuesten Stand sind, ist gar nicht zu erreichen. Verschiedene Fachleute (wie das Schweizerische Kompetenzzentrum für Energieforschung im Bereich Strombereitstellung) schätzen aber, dass der Stromverbrauch in der Schweiz bis 2050 um mindestens 30 bis 50 Prozent steigt – wegen der Elektrifizierung und der Dekarbonisierung.

- 4. FAKE NEWS:** «Mit dem Bau von Solaranlagen (insbesondere in den Alpen) und Windkraftanlagen können wir die Versorgungsprobleme beheben und dafür sorgen, dass die Schweiz auch nach dem Ende der Kernkraft genug Strom hat.»

FAKT: Um rein mengenmässig genügend Solarstrom zu erzeugen, damit der KKW-Ersatz und ein Verzicht auf Benzin, Diesel, Heizöl und Gas möglich sind, müssten Hunderte Millionen von Quadratmetern mit Solarpanels überdeckt werden. Die Schweiz ist auch kein Windland, sodass es etwa 5000 riesige Windräder bräuchte, um eine namhafte Menge an Strom zu erzeugen. Trotzdem hätten wir zu wenig Strom: Solar- und Windanlagen können keine zuverlässige Stromversorgung gewährleisten.



und wie es wirklich ist

5. FAKE NEWS: «Die Bürgerlichen sind schuld, dass wir in einer Stromkrise sind. Denn sie haben in den vergangenen Jahren einen forcierten Ausbau der erneuerbaren Energie verhindert.»

FAKT: Der Hauptgrund für die aktuelle Stromkrise ist, dass in den letzten Jahrzehnten wegen des Widerstandes von Links-Grün keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut werden konnten. Die Schweiz ist darum zu sehr von Stromimporten abhängig. Dazu kommt, dass meist linke Umweltschützer den dringend nötigen (Aus-)Bau von Wasserkraftwerken durch Einsprachen blockieren.

6. FAKE NEWS: «Es gibt genügend Speichermöglichkeiten, um überschüssige Energie aufzubewahren und damit die Winterstromlücke zu stopfen. Das kann mit Autobatterien, mit der Erhöhung von Staudämmen oder mit der Produktion von Wasserstoff oder Methanol erfolgen.»

FAKT: Mit keiner der erwähnten Möglichkeiten ist das Winterstrom-Problem auch nur ansatzweise zu lösen. Batterien (auch Autobatterien) können rein mengenmässig keinen namhaften Beitrag leisten. Die Speicherseen sind schon jetzt jeweils Ende des Winters leer. Die Erhöhung von Staudämmen ist zwar sinnvoll, reicht aber niemals aus: Wenn schon, müsste man über ein Dutzend Alpentäler neu überfluten. Die Produktion von Wasserstoff und Methanol ist mit riesigen Verlusten (wegen der doppelten Energieumwandlung) und enormen Kosten verbunden.

7. FAKE NEWS: «Der Bau von Kernkraftwerken dauert zu lange und kommt für die aktuellen Stromprobleme zu spät.»

FAKT: Die wirklich grosse Stromlücke droht in 20 bis 30 Jahren, wenn die KKW Gösgen und Leibstadt vom Netz gehen müssen. Wenn wir nicht die gleichen Fehler wie in den 1990er- und Nullerjahren machen wollen, muss der Ersatz dieser Werke JETZT an die Hand genommen werden. Übrigens: Die durchschnittliche Bauzeit der 59 Kernreaktoren, die in den letzten 10 Jahren weltweit in Betrieb genommen wurden, betrug nur knapp 7 Jahre.

8. FAKE NEWS: «Kernkraftwerke kommen erst dann wieder in Frage, wenn sichere Reaktortypen entwickelt worden sind. Das dauert aber noch viele Jahrzehnte.»

FAKT: Bereits heute verfügbare Reaktortypen der Generation III+ sind noch sicherer als diejenigen in Beznau, Gösgen und Leibstadt. Wenn das gesetzliche Kernenergieverbot eliminiert und günstige politische Bedingungen geschaffen würden, liessen sich Investoren finden. Denn Strom aus neuen KKW ist viel günstiger als Solar- und Windstrom.

**Energie-
Sicherheit
zerstören?**

Für weitere Informationen:
stromfresser-gesetz-nein.ch

Am 18. Juni:

Stromfresser-Gesetz

NEIN

Bundesgesetz KIG

Schweizer Mieter raus, Asylschmarotzer rein

Was die Schweiz 2022 in Sachen Zuwanderung und Asylgesuchen erlebt hat, schlägt alle Rekorde und findet in diesem Jahr seine verheerende Fortsetzung.



von Andreas Glarner
Nationalrat und
Unternehmer
Oberwil-Lieli (AG)

Die Schweiz hat eine eigentliche Invasion zu verkraften. Von niemandem aufgehalten sind über 188'000 Menschen in die Schweiz gekommen, davon 88'699 als «ordentliche» Zuwanderer. Auf der Asylschiene sind zusätzlich nebst 74'959 Ukrainern noch 24'511 weitere «Flüchtlinge» eingereist und geblieben. Zumeist

Die zuständigen kantonalen Behörden sind heillos überfordert. Statt endlich bei der neuen Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) vorzusprechen und Einhaltung zu gebieten, ordnet man Notrecht an und annektiert Gebäude. Dies führt dazu, dass Einheimische ausziehen müssen, damit Asylschmarotzer einziehen können! Einmal abgesehen von der Tatsache, dass auch die aus den Wohnungen Vertriebenen wiederum eine Bleibe haben müssen, schürt man so natürlich einen veritablen Hass auf die Zuwanderer. Dies wird über kurz oder lang zu massiven sozialen Span-

sagen, dass unser Sozialsystem, vor allem aber die Schulen in Bälde kollabieren. Die Leidtragenden sind unsere Kinder – sie sind die Verlierer in einem ganz üblen Spiel. Ihnen wird jede faire Chance auf eine vernünftige Bildung genommen!

Die Schweiz kann sich eine solche enorme Zuwanderung unter keinem Titel mehr leisten. Es kommen zu viele und es kommen die Falschen – wir müssen die Invasion jetzt stoppen!



Totaler Unsinn! In mehreren Gemeinden wurden Schweizer aus ihren Wohnungen vertrieben, um dort Asylanten unterzubringen.

Menschen, die nicht an Leib und Leben bedroht, sondern als reine Wirtschaftsflüchtlinge durch mehrere sichere Drittstaaten zu uns gekommen sind. Sie suchen sich ihr Zielland also «à la Carte» aus.

Behörden schüren Hass

Allein für die Zuzüger des Jahres 2022 werden über 80'000 Wohnungen gebraucht. 2021 wurden aber «nur» rund 48'000 Wohnungen gebaut. Dies sind 7.4% weniger als 2020 – und die Tendenz ist aufgrund des knappen und daher teuren Baulands, vor allem aber infolge völlig überbordender Vorschriften und Einsparungen, sinkend.

nungen mit den entsprechenden Folgen führen.

Unsere Kinder sind die Verlierer

Aufgrund der Tatsache, dass nebst der Ukraine neu Afghanistan, die Türkei und Eritrea die Hitländer auf der Asylschiene sind, kann man unschwer voraus-

Inserat

Wir freuen uns auf Anfragen von SVP-lern

politagentur.ch
Strategie · Planung · Umsetzung

Umsetzer – nicht nur Berater!

Werbefachmänner für bürgerliche Projekte, Wahl- und Abstimmungskämpfe, Parteien, Organisationen, Vereine und KMUs. Unkompliziert, fair und auf Augenhöhe.

Eine Auswahl unserer Dienstleistungen:

- ✓ Werbekampagnen von A bis Z
- ✓ Werbeplanung / Marketing-Mix
- ✓ Sammeln von Unterschriften
- ✓ Online-Kommunikation
- ✓ Social Media-Kampagnen
- ✓ Geschäftsführung
- ✓ Medienkompetenz
- ✓ Texten / Ghostwriting
- ✓ Layout / Grafik
- ✓ Webdesign

Anian Liebrand
Inhaber und Geschäftsführer
Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch

David Trachsel
Projektleiter
Tel. 076 567 00 36
trachsel@politagentur.ch

Politagentur.ch GmbH, Postfach, 6110 Wolhusen LU

Kriminelle Ausländer machen die Schweiz unsicher

Es kommen zu viele und die falschen Ausländer. Darum steigen Kriminalität und Gewalt. Besonders betroffen sind die Frauen. Vergewaltigungen und häusliche Gewalt nehmen stark zu.



von Barbara Steinemann
Nationalrätin und Juristin
Watt-Regensdorf (ZH)

Meine Frage in einer Interpellation an den Bundesrat war einfach: «Personen welcher Nationalitäten begehen Vergewaltigungen?» Das Bundesamt für Statistik sei nicht in der Lage, diese Angaben zu liefern, lautete jedoch die Antwort. Der Bürger und die Bürgerin dürfen also nicht wissen, woher die Täter kommen. Es sei denn, es handelt sich um einen Schweizer Täter: Diese Information wird von der Bundesverwaltung sauber ausgewiesen.

Die Antwort des Bundesrates steht stellvertretend für die vielen Vernebelungen der unerwünschten Folgen der Zuwanderung. Die Öffentlichkeit erfährt nur, dass die verurteilten Vergewaltiger seit Jahren zu rund einem Drittel Schweizer und etwa zu zwei

gen Frauenschänder schwankte in den letzten Jahren zwischen 65 und 75%.

Ausländer verantwortlich für häusliche Gewalt

Klar ist hingegen, dass die Anzahl der schweren Gewalt- und Sexualdelikte in der Schweiz steigt. Dass es sich um eine Folge der Einwanderungspolitik handelt, zeigt ein Blick auf die kürzlich erschienene Kriminalstatistik 2022: Vergewaltigungen haben gegenüber dem Vorjahr um 15% zugenommen, ebenso wie Einbruchsdelikte. Gewaltdelikte sind innert Jahresfrist um 17% gestiegen – und dies auf ohnehin hohem Niveau.

Auch die häusliche Gewalt nimmt stetig zu. Von den 2022 10'373 beschuldigten Personen sind mehr als 57% ausländische Staatsbürger. Diese sind also überproportional gewalttätig gegen Frauen.

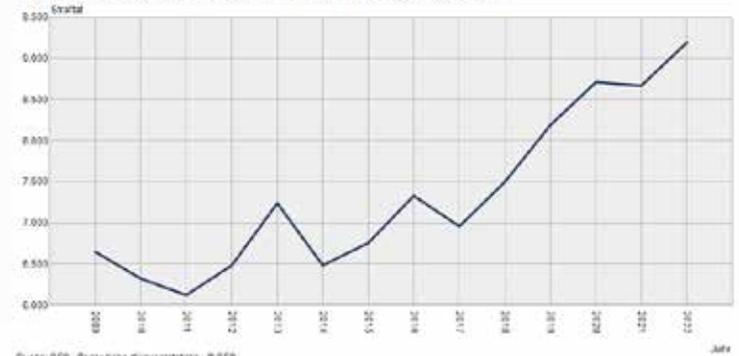
Für das Jahr 2022 wurden von der Polizei 27'228 Straftaten gegen Leib und Leben und 20'559 beschuldigte Personen registriert: 9'923 Schweizer und 10'625

sein, dass vor allem über die Asylschiene Menschen in die Schweiz kommen, die in der Kriminalstatistik deutlich überrepräsentiert sind.

Offene Grenzen führen zu Kriminalität

Insgesamt wurden letztes Jahr 86'693 Personen einer Straftat beschuldigt, 53% davon waren ohne Schweizer

Polizeilich registrierte Straftaten gemäss Strafgesetzbuch nach Jahr. Total 5. Titel Sexuelle Integrität. Schweiz, Ausführungsgrad - Total, Aufklärungsgrad - Total.



Quelle: BFS - Polizeiliche Kriminalstatistik - © BFS

Pass. Volle 32% dieser unerwünschten Zuzüger sind eine direkte Folge der offenen Grenzen; sie waren nämlich ohne geregelten Aufenthalt hier.

Mit der Migration kam der Anstieg der Gewaltkriminalität. Rechnet man mit ein, dass unter den gut 47% der Schweizer Tatverdächtigen nicht wenige über einen Migrationshintergrund verfügen, stellt man unweigerlich fest, dass es sich hierzulande früher ohne die völlig fehlgeleitete Zuwanderung deutlich sicherer leben liess.

Viel zu viele falsche Zuwanderer, sinkende Integrationskraft, mehr Unsicherheit: Wer mehr Sicherheit will, wählt SVP.

Polizeilich registrierte Straftaten gemäss Strafgesetzbuch nach Jahr. Vergewaltigung (Art. 190). Schweiz, Ausführungsgrad - Total, Aufklärungsgrad - Total.



Quelle: BFS - Polizeiliche Kriminalstatistik - © BFS

Dritteln Ausländer sind. Die Ausschaffungsquote für diese niederträchtigen

Ausländer, davon 9% aus dem Asylbereich. Es dürfte schwer zu bestreiten

**DAMIT DAS
GELD IN DER
SCHWEIZ
BLEIBT.**

JA zur
**OECD-Mindeststeuer
für multinationale
Unternehmen**

oecd-mindeststeuer-ja.ch

Steuergelder in der Schweiz behalten

Am 18. Juni stimmen wir über die Umsetzung der OECD-Mindeststeuer ab. Damit stellen wir sicher, dass Steuereinnahmen von internationalen Grossunternehmen in der Schweiz bleiben und nicht ans Ausland verschenkt werden.



von Diana Gutjahr
Nationalrätin und
Unternehmerin
Amriswil (TG)

International tätige Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 750 Millionen Euro werden künftig zu mindestens 15% besteuert. Unterschreitet ein Land bei der Besteuerung der betroffenen Grossunternehmen das Niveau von 15%, dürfen andere Länder die Differenz

einziehen. Die Schweiz würde dadurch zwischen 1,0 bis 2,5 Milliarden Franken Steuergelder freiwillig ans Ausland verschenken.

Schweiz soll profitieren

Bundesrat, Parlament und Kantone sind sich einig, dass die Schweiz und nicht das Ausland von den Mehreinnahmen profitieren soll. Die Mehreinnahmen gehen zu drei Vierteln an die Kantone und zu einem Viertel an den Bund. Dies erlaubt es den Kantonen, in Massnahmen zu investieren, damit sie als Standort weiterhin attraktiv bleiben. Das ist besonders wichtig. Denn die Un-

ternehmen schaffen Arbeitsplätze, generieren Steuereinnahmen und tragen damit zum Wohlstand der Bevölkerung bei.

Für KMU ändert sich nichts

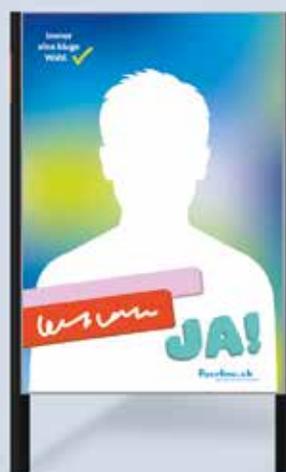
Für den Grossteil der Schweizer Unternehmen – KMU und national tätige Firmen – gibt es keine Änderung. Das Besteuerungsniveau von 15% wird mit einer Ergänzungssteuer sichergestellt, die gezielt bei den internationalen Grossunternehmen angewendet wird. Aus Sicht des Gewerbes, aber vor allem auch aus Sicht der Schweiz ist der Fall klar: JA zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer am 18. Juni 2023.

AUS DER SCHWEIZ. FÜR DIE SCHWEIZ. WAHLWERBUNG VON FLYERLINE.

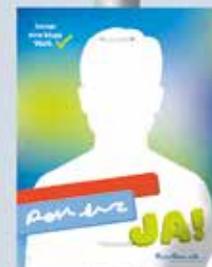
- 100% klimaneutrale, Schweizer Produktion
- Schnelle Lieferzeiten (auch Expresslieferung)
- Mehrere Adressen pro Bestellung möglich
- Versandkostenfrei ab CHF 100
- Grafische Dienstleistungen



Blachen / Banner
Robust und auffällig



Papierplakate – in allen gängigen
Formaten für Plakatstellen.



ECO-Outdoorplakate
Umweltschonend
und nachhaltig



Allwetterleichtplakat®
Freeform – in jeder
Wunschform erhältlich.



Jetzt entdecken auf flyerline.ch/wahlwerbung



gedruckt in der
schweiz

flyerline.ch
Mehr als eine Online-Druckerei



EINIGE DINGE DAUERN EWIG. ANDERE NICHT.
OPEL CORSA NOW+
SOFORT BEI DEINEM OPEL PARTNER //



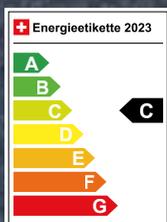
LIMITED EDITION CORSA NOW+: 8-STUFEN-AUTOMATIK MIT 130 PS

INKL. 17"-SPEZIALFELGEN PLUS 4 WINTER-
RÄDER, MATRIX LED, TIEFERLEGUNG U.V.M. **CHF 44 000.-**

32% PREISVORTEIL **CHF 14 010.-***

DEIN BARKAUFPREIS **CHF 29 990.-**

VORZUGSLEASING 2,99% **CHF 249.-/MONAT**



corsanow.ch

3 JAHRE ODER 100 000 KM HERSTELLER-GARANTIE. ES GILT DAS ZUERST ERREICHTE.

* Limited Edition Corsa NOW+ in Karbon Black, 1.2 Direct Injection Turbo, 8-Stufen-Automatik, 96 kW (130 PS). Barkaufpreis: CHF 29 990.- (Fahrzeugwert: CHF 44 000.- abzüglich CHF 14 010.- Preisvorteil). 5,2-5,9 l/100 km, 117-133 g CO₂/km, Energieeffizienz-Kategorie: C. Leasingbeispiel: Laufzeit: 49 Monate, Laufleistung: 10 000 km/Jahr, eff. Jahreszinssatz: 3,07%. Sonderzahlung: CHF 3692.-, Leasingrate pro Monat inkl. MwSt.: CHF 249.-, Rücknahmewert: CHF 17 600.-. Angebot nur in Verbindung mit dem Abschluss einer Ratenschutzversicherung Secure4you+. Obligatorische Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen. Leasingkonditionen unter Vorbehalt der Akzeptanz durch Santander Consumer Finance Schweiz AG, Schlieren. Der Abschluss eines Leasingvertrags ist unzulässig, sofern er zur Überschuldung des Leasingnehmers führt. Angebot gültig bis 30.4.2023 und nur bei teilnehmenden Opel Partnern. Unverbindliche Preisempfehlung. Änderungen vorbehalten.

Mit vollem Einsatz zum Wahlsieg

Die Wahllokomotive hat Fahrt aufgenommen. Doch bis zum 22. Oktober ist es noch ein langer Weg. Wir werden nur Erfolg haben, wenn jeder Einzelne sich voll engagiert.



von Marcel Dettling
Nationalrat und
Wahlkampfleiter
Oberrhein (SZ)

Das Asyl- und Migrationschaos in der Schweiz wird immer spürbarer. Die rekordhohe Zuwanderung bringt unser Land an den Rand des Abgrundes. Sei es im Verkehr, bei der Kriminalität, den explodierenden Sozialkosten, aber auch bei den teuren Mieten. Nun sind wir sogar so weit, dass Schweizer auf die Strasse gestellt werden, damit Asylanten ihre Wohnung bekommen. Das System wird ausgenutzt. Tausende Wirtschaftsmigranten, die kein Asyl erhalten haben und eigentlich das Land umgehend verlassen müssten, bleiben trotzdem hier. Sie liegen uns auf dem Portemonnaie und werden häufig kriminell. 35 Prozent aller in der Schweiz lebenden Afrikaner beziehen Sozialhilfe, obwohl sie rechtlich arbeiten dürften.

Es braucht den Einsatz von jedem SVPLer

Neben der Debatte um die Neutralität ist die Zuwanderung das dominierende Thema. Deshalb wurden die Wahlen in den Kantonen mit Spannung erwartet. Die kantonalen Wahlen im Jahr 2023 zeigen für die SVP ein unterschiedliches Bild. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Tendenz stimmt. Es geht aufwärts. Aber es geht nur mit dem Einsatz von jedem Einzelnen. Getreu dem Motto «von nichts kommt nichts».

Die Wahlen im Kanton Zürich und in Basel-Land haben das Wahljahr 2023 eröffnet. Mit einem beherzten Wahlkampf konnte in beiden Kan-

tonen bei der Parlamentswahl endlich der Abwärtstrend gebrochen werden. In Zürich konnte die SVP leicht (+0.45%) zulegen und gewann einen Sitz. Die Listen von «Aufrecht» haben uns viele Stimmen gekostet und dazu beigetragen, dass der bürgerliche Block nicht stärker zulegen konnte. Unsere Regierungsräte Nathalie Rickli und Ernst Stocker haben hervorragende Resultate erzielt. In Basel-Land konnten wir im Kantonsparlament leicht zulegen (+0.22%). Einen schwarzen Sonntag hat die SVP bei der Regierungsratswahl erlebt. Unser einziger Sitz in der Regierung ging verloren.

Gute Resultate in Luzern, Genf und dem Tessin

Erfreulicher ging es in Luzern weiter. Mit vollen Listen und einem engagierten Wahlkampf konnte am 2. April die Ernte eingefahren werden. Von 7 verlorenen Sitzen im Jahr 2019 konnten 5 zurückgeholt werden. Neu hat die SVP einen Wähleranteil von 23.05% (+ 3.42%).

Auch in Genf waren die Ergebnisse sehr erfreulich. 4 Sitze konnten dazugewonnen werden. Neu erreicht die SVP Genf einen Wähleranteil von 10.7%. Auch im Tessin

konnte die SVP erfreulicherweise um 2 Sitze zulegen und hat einen Wähleranteil von 10.3%. Auch hier hat die Tessiner Variante von «Aufrecht», der SVP massiv Stimmen gekostet.

Fazit: Die Wahllokomotive hat Fahrt aufgenommen. Es ist jedoch noch ein langer Weg bis zum 22. Oktober. Es braucht nun einen



Die Wahllokomotive hat Richtung Bundeshaus Fahrt aufgenommen. Doch bis zum 22. Oktober ist es noch ein langer Weg. Deshalb muss jeder Einzelne für die SVP mobilisieren.

überdurchschnittlichen Einsatz von allen SVPLern auf allen Ebenen. Denn Wahltag ist Zahltag. Für eine sichere Zukunft in Freiheit.

JETZT MITMACHEN!

Mit nur wenigen Klicks dafür sorgen, dass Abstimmungs-Flyer an Orte nach Ihrer Wahl versendet werden.

Am 18. Juni:

Stromfresser-Gesetz

NEIN

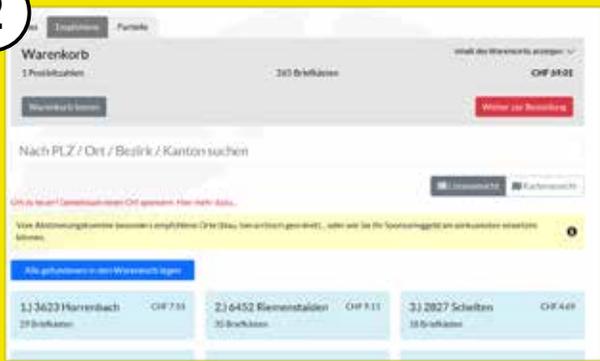
Bundesgesetz KIG

Bezahlen Sie online oder als Papierrechnung die Versandkosten (Druckkosten übernimmt die Partei). Ein paar Tage später sind die Flyer bereits in allen Briefkästen – auch in denjenigen mit «Stopp-Klebern».

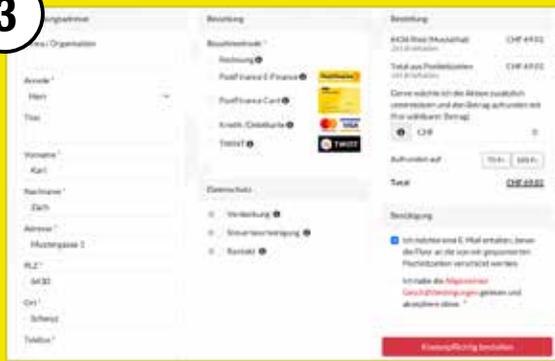
1 SCAN



2

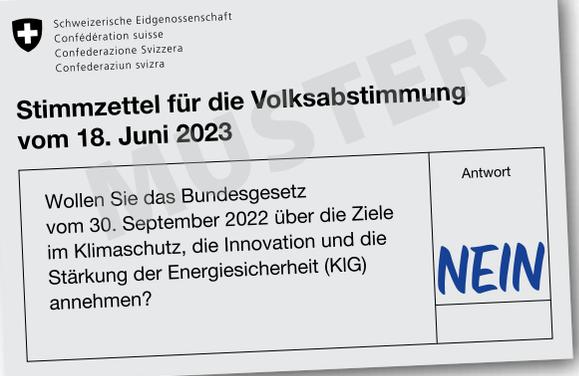


3



Ich helfe mit, damit wir in der Schweiz auch weiterhin eine sichere und bezahlbare Stromversorgung haben!

- Gerne informiere ich mich über die laufenden Aktivitäten, Medienmitteilungen und Aktivitäten der Kampagne gegen das Stromfresser-Gesetz
- Ich bestelle _____ Flyer für Strassenaktionen oder zum Verteilen an Anlässen oder in Briefkästen.
- Ich lasse den Flyer direkt über das Online-Versandtool www.flyer-ueberall.ch/stromfresser-gesetz-nein/sondern per Post in von mir ausgewählten Gemeinden verteilen.
- Ich bin bereit, mein Land, meine Scheune, meine Hausmauer für Plakate für die Kampagne zur Verfügung zu stellen. Bitte schicken Sie mir:
 - _____ Stk. Papier-Plakate A2 (42,0 x 59,4 cm)
 - _____ Stk. Papier-Plakate F4 Weltformat (89,5 x 128 cm)
 - _____ Stk. Allwetter-Plakate F4 Weltformat (89,5 x 128 cm)
 - _____ Stk. Allwetter-Plakate B1 (70 x 100 cm)
- Ich schreibe gerne einen Leserbrief. Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
- Ich unterstütze die Kampagne gegen das Stromfresser-Gesetz mit einer Spende. (Spenden können in begrenztem Umfang von den Kantons- und Bundessteuern abgezogen werden)
 - Ich überweise _____ Franken auf das Konto:
IBAN: CH13 0023 5235 8557 0102 L
 - Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein.



Adresse:

Name / Vorname

Strasse

PLZ / Ort / Kanton

Telefon

E-Mail

Datum / Unterschrift

Talon ausschneiden, fotografieren oder scannen und einsenden an:

Überparteiliches Komitee gegen das Stromfressergesetz
c/o SVP Schweiz
Postfach
3001 Bern

Telefon: 031 300 58 58, info@stromfresser-gesetz-nein.ch

www.stromfresser-gesetz-nein.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 53'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat, Postfach, 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Bildquellen: SVP Schweiz, Goal AG, Parlamentsdienste 3003 Bern, Energie Club Schweiz, Christoph Keel